

# „Beschluss bleibt rechtswidrig“

Umstrittenes Votum zur Vermögenssteuer

Von Martin Messy

**LÜDENSCHIED** • Martin Sander vom „Bündnis sozial gerechte Stadt Lüdenscheid“ warb am Montag im Rat damit, dass inzwischen bundesweit 45 Städte der bundesweiten Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ beigetreten seien, unter anderen Hagen und Iserlohn. „Das ändert nichts daran, dass der Beschluss, der Resolution beizutreten, rechtswidrig ist“, blieb Wolff-Dieter Theissen, Fachbereichsleiter Recht und Erster Beigeordneter, auch gestern bei seiner klaren juristischen Einschätzung. Wie berichtet, hatte Theissen im Rat betont, Gemeindeordnung und Grundgesetz definierten, dass Stadt- und Gemeinderäte nur Beschlüsse fassen könnten, die ihren örtlichen Wirkungskreis betreffen. Dennoch setzte sich Bürgermeister Dieter Dzewas über diese rechtliche Beurteilung hinweg und ließ über den Beitritt abstimmen. „Das habe ich so in einer öffentlichen Ratssitzung auch noch nicht erlebt“, meinte Theissen. „Aber das ist nun mal eine politische Entscheidung.“

Eine, die allerdings nicht unumstritten ist. Wie in Lüdenscheid stimmten auch in Hagen und Iserlohn CDU und FDP gegen die Resolution. Mehrheiten aus SPD, Die Linke und Grüne setzten die Forderung nach Wiedereinfüh-



Wolff-Dieter Theissen, Fachbereichsleiter Recht.

zung der Vermögenssteuer um, ergab einen LN-Nachfrage in den benachbarten Kommunen.

Eine Resolution zum Thema Fracking könnte sich Wolff-Dieter Theissen im Rahmen der vorgegebenen gesetzlichen Möglichkeiten vorstellen. „Da könnten geologische Besonderheiten durchaus konkrete Auswirkungen vor Ort haben. Aber bei der Wiedereinführung der Vermögenssteuer stehen die Einnahmen zunächst einmal den Ländern zu. Die Einnahmen kämen gar nicht direkt den finanziell angeschlagenen Kommunen zugute.“

Unabhängig davon, sei der am Montag im Rat gefasste Beschluss jedenfalls rechtswidrig – trotz aller Diskussionen. → **Kommentar**

## KOMMENTAR

Vermögenssteuer und Umzug



## Schon wieder im Wahlkampfmodus

Gut eine Woche nach der Bundestagswahl sind die Ratsparteien in Lüdenscheid schon wieder im Wahlkampfmodus. Beispiele gefällig? Christel Gabler wirft der Ampel aus SPD, FDP und Grünen hinsichtlich deren Umzugsvotum für VHS und Musikschule „die Arroganz der Macht gegen den Willen der Bürger“ vor. „Ramba-Zamba“-Politik machten CDU und FDP, wettet Gordan Dudas zurück. Nach der Wahl ist nun einmal vor der Tür. Da hilft es auch nichts, wenn Wolff-Dieter Theissen, zwar CDU-Mann, aber immerhin kein Geringerer als der Fachbereichsleiter Recht der Stadt Lüdenscheid, bei aller erhitzter Diskussion um den Beitritt zur Initiative „Vermögenssteuer jetzt!“ darauf hinweist, dass ein entsprechender Beschluss rechtswidrig ist. Bürgermeister Dieter Dzewas wischt

den Einwand mit dem Hinweis vom Tisch, dann seien er und Theissen halt unterschiedlicher Auffassung. Kein feiner Zug, den Juristen öffentlich so abblitzen zu lassen. Aber im Wahlkampfmodus zählen solche Feinheiten halt nicht. Natürlich bleibt es Dzewas als Sozialdemokrat unbenommen, parteinahe Initiativen zu unterstützen. Aber letztlich dient es der Sache nicht, eine Resolution als Rat der Stadt Lüdenscheid zu beschließen, der ein nicht unerheblicher Teil der Ratsmitglieder nicht folgen will. Auch dies dokumentiert nichts anderes als den beginnenden Kommunalwahlkampf. Denn es ist ja wohl kaum anzunehmen, dass SPD, Grüne und Die Linke tatsächlich davon ausgegangen sind, dass CDU und FDP der Einführung einer Vermögenssteuer zustimmen. Da werden erste Felder abgesteckt, um sich in Stellung gegen den politischen Gegner zu bringen, nichts weiter.